

6. Kulturpolitische Jahrestagung

Kulturpolitik im Welte(n)Wandel – Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt

20. – 21. April 2018 – Haus 1
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

ABSCHLUSSDISKUSSION

Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen...

21.04.2018, 12.30 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Dr. Carsten Brosda**, Senator für Kultur und Medien, Hamburg
- **Lena Krause**, Sprecherin Allianz der Freien Künste (AFK)
- **Raisan Hameed**, Fotograf, Irak, Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Bartosz Wielinski**, Journalist, Gazeta Wyborcza, Polen

Moderation: **Tanja Samrotzki**, Journalistin und Moderatorin

Abschlussdiskussion: Kulturpolitik als Welt(en)Wandler? Was wir dafür brauchen...

Nach einer kurzen Vorstellung der Podiumsteilnehmenden durch die Moderatorin wurden die Themen der vorangegangenen LABS aufgegriffen und vertieft.

Neue Wirklichkeit Europa

Zunächst wurde das Thema Europa und die Frage, wie Kultur aktuellen Fliehkräften innerhalb der EU entgegenwirken kann, diskutiert. **Bartosz Wielinski** betonte hier die dringende Notwendigkeit zum gemeinsamen europäischen Handeln, das über Wirtschaftsfragen hinausreichen müsse. Angesichts verschiedener Bedrohungen durch rechtsgerichtete Parteien in Europa forderte er größeres Engagement. Europäische Bürger_innen und Künstler_innen müssten diesen besorgniserregenden Tendenzen etwas entgegensetzen und sich noch stärker für europäische Ideen und Werte einsetzen.

Raisan Hameed betonte in seinem Beitrag, dass interkultureller Austausch ein sehr wichtiger Beitrag zur Stärkung demokratischer Werte sei. Kultur würde hier als Brücke zwischen verschiedenen Welten, Kulturen und Sprachen fungieren. Er zeigte sich in dieser Hinsicht optimistisch: So bestünde in Europa seiner Beobachtung nach großes Interesse an arabischen Kunst- und Kulturformen und es gäbe bereits zahlreiche Austauschprojekte, die es zu versteinigen gelte.

Angesprochen auf das Verhältnis von Freiheit und Kunst, hob **Lena Krause** zunächst die Unterscheidung der Vertretung institutioneller und freier Künste hervor. Künstle-

risches politisches Engagement sei in Europa wichtig; zu einer „Verzweckung“ der Künste dürfe es jedoch nicht kommen. Schließlich könne Kunst nicht die „Flüchtlingskrise“ oder Bildungsprobleme lösen. Aktuelle Förderprogramme auf EU-Ebene gingen häufig an den Bedürfnissen der freien Kunst- und Kulturschaffenden vorbei und seien durch eine extrem aufwendige Bürokratie in Antragstellung, Mittelverwendung und Nachweis der Verwendung überfrachtet. Deshalb wäre sowohl eine Evaluierung solcher Programme nötig als auch eine vertiefte Diskussion mit den verschiedenen Interessensvertretungen über mögliche Alternativen, so das Plädoyer von Frau Krause. **Dr. Carsten Brosda** ergänzte hierzu, dass oftmals selbst staatliche Stellen mit den bürokratischen Anforderungen von Kulturförderprogrammen überfordert seien. Er plädierte für kluges dialektisches Denken, das einer „Verzweckung“ zuvorkommen könne, wenn man Kunst um ihrer selbst willen fördere, ohne zu komplizierte Programme aufzulegen. Genau dann könne Kunst auch gesellschaftlich produktiv sein, gerade weil man es nicht von ihr verlange.

Aufarbeitung von Geschichte und Erinnerungspolitik

Das Thema Erinnerungspolitik stellte einen weiteren zentralen Punkt der Diskussion dar. Für Brosda besteht hierin eine „riesige Aufgabe für die Politik“. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sei ebenso komplex wie die deutscher Kolonialgeschichte. Bezüglich der Aufarbeitung kolonialer Geschichte stelle beispielsweise das Humboldt-Forum ein nationales Referenzprojekt für die Art und Weise dar, wie ein konkreter Umgang mit musealen Objekten in der Praxis angegangen werde.

Angesichts der in Polen zu beobachtenden Entwicklungen starker politischer Eingriffe in Erinnerungspolitik und Museenarbeit (wie etwa durch das neu eingeführte Holocaustgesetz), bat **Tanja Samrotzki** den Journalisten Bartosz Wielinski um seine Einschätzung der Situation. Seiner Meinung nach würde die Geschichtspolitik durch die Regierung „kaputt gemacht“. Die Regierung instrumentalisieren Geschichte und stelle Polen als „ewiges Opfer“ dar, um innen- und außenpolitische Interessen zu bedienen. Deutschland würde so in der neueren polnischen Geschichtsschreibung als „historischer Verbrecher“ dargestellt. Polen dagegen als „Opfer“, dem die anderen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die USA nicht geholfen hätten.

Hier handele es sich um „instrumentelle Kommunikation“, die sich seiner Meinung nach in einem „zweifachen Opfertum“ äußere: Zum einen in der noch immer offenen Wunde im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit nach der Wende und zum anderen, wie in Polen die Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg stattfindet. So würde beispielsweise die Frage gestellt, ob der Aufstand im Warschauer Ghetto von 1944 „sinnvoll war“, da ja auch Russland später unterstützend involviert gewesen sei.

Die aktuelle Regierung übe eine Politik der Gleichschaltung aus, ähnlich wie in den 1930er Jahren des NS-Deutschlands. Polen sei seiner Einschätzung nach nicht mehr souverän und unabhängig. Die Erinnerungspolitik würde auf eine Linie mit der Partei gebracht werden, die den „ewigen Opfermythos Polens“ in allen Politik- und Gesellschaftsbereichen pflege. Konkret treffe das auf das Danziger Museum des Zweiten Weltkriegs zu. Dieses Museum hatte nicht nur für Polen, sondern allge-

mein relevante historische Inhalte im Rahmen einer international anerkannten Ausstellung präsentiert. Die aktuelle Regierung bestünde nun aber darauf, dass das „polnische Leiden und Opfertum“ hervorgehoben werden müsse. Ein Gutachter der Regierung sei beispielsweise zu dem Schluss gekommen, dass „Krieg und Leiden die Menschen besser machen könne und etwas Positives“ habe, führte Wielinski aus.

Herr Brosda hielt ein Plädoyer dafür, die Instrumentalisierung der Erinnerungskultur vor einem derartigen Zugriff durch Regierungshandeln zu schützen. Angesichts von Rechtspopulismus und Anfeindung des demokratischen Systems sei die Arbeit an Narrativen und neuen Erzählweisen essentiell. So müssten viele Errungenschaften der Demokratie erneut ausgesprochen und als solche markiert werden. Zum Beispiel sei es wichtig, hervorzuheben, dass „wir uns momentan in einer der freiheitlichsten, offensten, vielfältigsten und demokratischsten Gesellschaften“ befinden, die es in Deutschland je gegeben hätte. Andere Themen, über die es öffentlich zu reflektieren gelte, seien das hundertjährige Bestehen des Frauenwahlrechts oder die nachholende Demokratisierung durch die 1968er, so Brosda. Es sei wichtig, eine Haltung zu diesen Themen zu entwickeln und selbstbewusst zu vertreten. Dazu zähle auch etwa die Pressefreiheit, ohne die eine Demokratie nicht denkbar sei. Was vor 10 bis 15 Jahren noch klarer Konsens gewesen sei, müsse aktuell neu erzählt werden, so Herr Brosda. Es bestehe eine erinnerungspolitische Verantwortung, Möglichkeitsräume für freiheitlichen Ausdruck zu schaffen. Bei diesem Prozess seien sowohl Künstler_innen als auch politische und zivilge-

sellschaftliche Akteur_innen unverzichtbar.

Gleichstellung

Lena Krause griff in der weiteren Diskussion das Thema Gleichstellung auf. Beim Thema „Sichtbarkeit von Frauen im Kulturbereich“ handele es sich nicht nur um ein *Gefühl* der Ungleichheit; die belegbaren Daten der Studie des Kulturrats zeigten sehr eindeutig die *reale* Problematik auf. So wiesen die Zahlen auf einen dringenden Handlungsbedarf hin. Eine Quote in Aufsichtsgremien und Jurys wäre ihrer Meinung nach „definitiv“ nötig. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung sei hierbei jedoch lediglich die Rede von „ausgewogener Besetzung“.

In diesem Zusammenhang berichtete Brosda, dass in Hamburg ein Gremienbesetzungsgesetz gelte, demzufolge Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen – und damit auch vieler Kultureinrichtungen – ausgewogen besetzt werden müssen. Grundsätzlich sei in dieser Diskussion zu beachten, dass dem Anspruch auf Gleichberechtigung immer auch der Anspruch auf Kunstfreiheit gegenüber stünde und daher abgewogen werden müsse. Deshalb seien gemeinsamen Absprachen und ein konzentriertes Vorgehen aller Beteiligten notwendig.

Als Negativbeispiel nannte er die Intervention einer schwedischen Universität, die grundsätzlich quotierte Autor_innenlisten vorschreibe und dies auch im Falle eines Kurses durchsetzen wollte, der den Aufstieg des Rechtsextremismus und Faschismus um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts behandeln sollte. Im betreffenden Fall sei gegen den Willen des zuständigen Professors u.a. ein Text der Philosophin

und Genderwissenschaftlerin Judith Butler auf die Liste gesetzt worden, die, als sie davon erfuhr, das Vorgehen der Universität vehement kritisierte und die Freiheit der Lehre verteidigte.

Als positives Beispiel aus der Politik hob Brosda den kanadischen Premierminister Justin Trudeau hervor, der in seinem Kabinett auf eine möglichst hohe Repräsentation von Vielfalt und Gleichstellung setze. Auf die Frage, warum er dies täte, habe dieser umstandslos mit „because it’s 2016“ geantwortet. Es gelte also, solche Schritte in Richtung Gleichstellung „einfach zu machen“ und ihnen den Nimbus des Besonderen zu nehmen.

Raisan Hameed ging in der Diskussion zu Gleichstellung auf die gesellschaftlichen Probleme der Hierarchie zwischen Männer und Frauen im Irak ein, wo Männer „oben“ und Frauen „unten“ verortet seien. In den unteren Gesellschaftshierarchien würden die Bereiche Kultur und Kunst als „haram“, als verboten gelten. Frauen bekämen insofern kaum Zugang zu den Künsten gewährt und hätten in der Folge selten Gelegenheit, ein wertschätzendes Verhältnis zu den freien Künsten als mögliches Berufsfeld aufzubauen bzw. in diesen Bereichen Fuß zu fassen. Im Kontext von Integrationspolitik in Deutschland dürfe man diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren.

Sozialversicherung und Renten für Künstler_innen

Krause betonte im weiteren Verlauf der Diskussion zu sozialen Sicherungssystemen von Kulturschaffenden, dass „freie Kunst keine Zwischenlösung sei und nicht alle frei Kunstschaffenden ins institutionel-

le Orchester wollen“ würden. Bei freier Kunst handele es sich vielmehr um eine „frei gewählte Arbeitsform und Arbeitsrealität“. Hybride Erwerbsformen und Arbeitsrealitäten aus kurzfristigen, zeitlich begrenzten Anstellungen und selbstständiger Arbeit seien längst „eine Realität, auf die das Sozialsystem nicht eingestellt ist“. Insofern müsse Kulturpolitik auf Bundesebene als Sozialpolitik wahrgenommen bzw. definiert werden und dürfe nicht auf die Landesebenen abgeschoben werden, so ihre Forderung.

Bezüglich der aufgeworfenen Frage der Honorare für Künstler_innen durch die Bundesregierung betonte der Kultursenator, dass es verschiedene „Komplexe sozialstaatlicher Rahmungen“ gebe. Ein Austausch mit Verbänden über Förderbedingungen fände seiner Meinung nach statt. Dringend verbessert werden müsse die

Absicherung für freie Tätige, die nicht in einem klassischen „Normalerwerbsverhältnis“ stünden. Kurzfristige Verträge und Honorare seien im Augenblick noch nicht in jedem Fall umstandslos mit der Arbeitslosenversicherung kompatibel, da innerhalb der gesetzlichen Rahmenfristen die notwendigen Beschäftigungsdauern nicht erreicht würden, um einen Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen zu können. Hier werde die Situation derzeit durch Ausnahmeregelungen ein wenig verbessert. Die Union sperre sich aber noch gegen eine grundsätzliche Regelung zur Verbesserung der Situation sogenannter unstet Beschäftigter. Mit Blick auf die Altersversorgung sei weiterhin die Integration in die Rentenversicherung das Ziel. Die KSK solle als ein gut funktionierendes Scharnier sozialer Absicherung erhalten bleiben und ausgebaut werden, so sein abschließendes Plädoyer.

Impressum

Herausgeber

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

Verantwortlich

Franziska Richter

Kontakt

franziska.richter@fes.de

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

** Der Inhalt des Beitrages enthält Meinungen der Redner_innen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der FES.*